

**Betonköpfiger geht es nicht?
Über die prekäre Lage der Kinderbetreuung**

Unsere Gesellschaft und Wirtschaft setzt auf die Sozial- und Gesundheitsberufe, die die Pflege und Betreuung gewährleisten, und auf die Menschen, die ohne rentenversichert zu sein, Kinderbetreuung und Pflege übernehmen (vorwiegend Frauen). Die Gesellschaft tendiert dazu, Betreuung, Pflege und Erziehung auszulagern und das alles, damit ein Teil der Bevölkerung ihrer Arbeit nachgehen und Familie und Beruf vereinbaren kann. Das ist verständlich und nachvollziehbar, aber dafür braucht es mehr als nur eine einseitige Betrachtung. In Südtirol gibt es insgesamt 15 Horte, 108 Kitas und 226 Tagesmütter, das sind rund 3.900 Betreuungsplätze für

Kinder im Alter zwischen null Monaten und drei Jahren. Bei 5.173 Kindern (2021) werden die Betreuungsplätze nicht reichen, obwohl nicht alle einen Betreuungsplatz brauchen werden. Im März 2023 wurden über den staatlichen Wiederaufbaufonds (PNRR) für Investitionen in den Kleinkindbereich insgesamt 42 Millionen Euro für Südtirol ausgeschüttet. Das bedeutet konkret, dass 34 Gemeinden über den Recovery-Fonds eine Finanzierungszusage für einen Kita-Bau erhalten haben, die Summe dürfte sich auf 54 Millionen Euro belaufen. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, wie viel Geld für den Bau neuer Kitas zur Verfügung steht. Die Investitionen in das Personal werden

dagegen immer noch zu klein gedacht. Dabei wissen alle, dass es in allen Branchen an Mitarbeiterinnen fehlt und es höchst angesagt wäre, in diese zu investieren, um die geforderte flächendeckende Kinderbetreuung zu gewährleisten. Mitzudenken ist, dass auch die Menschen, die diese Dienstleistungen erbringen, sich um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kümmern müssen. Nicht nur die Wirtschaft verliert jährlich Fachkräfte, weil jährlich circa 1.000 Mütter während des ersten Lebensjahres ihres Kindes kündigen, sondern auch der Sozialbereich. Ein immer Mehr wird bei immer weniger Mitarbeiterinnen schwer umsetzbar sein. Bei den Mitarbeiterinnen für Integration erleben wir derzeit (darauf machen wir seit 2016 aufmerksam)

die Situation, dass viele von ihnen in „erzwungener Teilzeit“ arbeiten müssen – und deshalb den Bedürfnissen der betroffenen Kinder und Jugendlichen mit Beeinträchtigung nicht immer nachkommen. Hier muss das Stellenkontingent unbedingt erhöht werden, das wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn grundlegende Reformen der Bildungs- und Betreuungsmodelle gelingen sollen, müssen die Mitarbeiterinnen, die Dienstleistungen erbringen, miteinbezogen werden. Denn eine einseitige Darstellung der Situation erzeugt nur Gegendruck.

Marta von Wohlgemuth,
Geschäftsführung des Landesverbandes der Sozialberufe, Bozen

System. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, kaufen Sie sich für 3,90 Euro bitte etwas anderes.

Oswald Kofler, Kortsch

**Nie mehr Schule
Zur Außensicht von
Alexandra Kienzl über das
Lehrpersonal in ff 8/2024**
Ein großes Kompliment an Alexandra Kienzl, die mit großer Treffsicherheit und Kompetenz die Thematik Schule und Lehrpersonal beschreibt!! Nach 40 Jahren im Schuldienst fühlt sich so ein Kommentar wie Balsam an ... Ein herzliches Dankeschön!

Josef Jakob Holzer, ehemaliger
Lehrer am Realgymnasium Bruneck

**Auch wir sind gemeint
Essay in ff 9/24 von Ulrich
Ladurner über Wladimir
Putin, mit dem man nicht
verhandeln könne**
Sahra Wagenknecht hat Recht: Mit Putin muss man verhandeln, um schwerere Folgen und Risiken zu vermeiden. Putin ist wohl zu Verhandlungen bereit, er sagt es immer wieder. Der Westen will es aber nicht. Verhandlungsversuche haben schon zweimal im Jahr 2022 stattgefunden: zuerst einmal direkt zwischen Russland und der Ukraine, danach durch Erdogans Vermittlung. Beide Male hat der englische Premierminister Boris Johnson die Verhandlungen durch

das Versprechen unbegrenzter Unterstützung des Westens an die Ukraine stillgelegt. Merkel und Hollande haben öffentlich erklärt, dass die Minsker Vereinbarungen von 2014 und 2015 unter Vermittlung von Deutschland und Frankreich lediglich ausgehandelt wurden, um Zeit für die militärische Aufrüstung der Ukraine mithilfe der Nato zu gewinnen. Nicht Frieden wurde angestrebt, sondern die Niederlage Russlands. Nachdem sich dieses Ziel nun als unerreichbar erwiesen hat, will man Europa in einen neuen kalten Krieg stürzen. Dies weil die Politik und viele Medien eine Atmosphäre des Hasses und

der harten Konfrontation verbreiten, wie es in der Vergangenheit nicht der Fall war. All dies geschieht im alleinigen Interesse der USA, die ohne eigenes Risiko (sie befinden sich jenseits des Ozeans) immer wieder versuchen, Russland zu schwächen, wie Vizestaatssekretärin Victoria Nuland am 22.2.24 öffentlich wiederholt hat.

Marco Becarelli, Bruneck

Die Leserbriefe in der ff sind ein freies Forum. Jeder Brief ist uns willkommen. Wir bitten Sie, sich kurz zu halten. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

ffleserbriefe@ff-bz.com